

Wachen vom Podium herab von einem gutgekleideten Mann mit einer Klemmzange unter dem Arm eine Anzahl Schiffe aus einem Revolver abgebecken. Mehrere Genossen umliefen ihn und nahmen ihm die Waffe fort. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß mehrere Versammlungsteilnehmer schwere Schußverletzungen erlitten. Der Schießfeld wurde von der erregten Menge schnell zugedreht und dann der inzwischen herbeigekommenen Polizei übergeben. Es konnte noch festgestellt werden, daß einer der schlimmsten Täter in dieser Versammlung ein Postbeamter war, der sich offen zur rechtssozialistischen Partei bekannte.

Die von den Rechtssozialisten nach den Spitzenspielen in Pflanzersaal einberufene Versammlung nahm einen außerordentlich häßlichen Verlauf. Zur Redezeitung der Einberufer war der Saal bereits gegen 4 Uhr zum größten Teil gefüllt. Als die Versammlung kurz nach 5 Uhr eröffnet wurde, beantragte Genosse Fabian im Namen der U. S. P. gleiche Redezeit für den Abend und je einen Korrespondenten von der U. S. P. und R. P. D. Außerdem sollten je zwei Vertreter dieser Parteien in das Bureau hineingewählt werden. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurden diese Anträge mit großer Mehrheit angenommen, wosmit der rechtssozialistische Reichstag in das Büro eintrat. Die Wahl von hiesigen Juristen wurde unterbrochen, suchte die Polizei seiner Partei zu verweigern. Auch der geistige Demonstrationsstreik sei unsinnig. Sei eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft, die nur durch Arbeit gerettet werden könne. Nach Ablauf seiner halbständigen Redezeit wurde dem Referenten auf Antrag des Vorsitzenden noch zehn Minuten Redezeit gewährt, nach deren Ablauf der Vorsitzende plötzlich erklärte, daß er wegen der häßlichen Umherbrechungen des Redners die Versammlung schloße und die Gefinnungsgenossen auffordere, den Saal zu verlassen.

Dieser infame Streich entsetzte einen ungeheuren Tumult in der Versammlung, der sich erst legte, als ein Teil der Rechtssozialisten den Saal verließ und der Redner der U. S. P., Genosse Stein, das Wort ergriff. Er geteilte mit scharfen Worten das schändliche Spiel Sabotage und Konfession, die die Vereinbarung nicht innehalten und die Versammlung hängen wollen, und ging dann auf den eigentlichen Hohn und Inhalt der Rundgebung am 21. Juli ein. Er gesteht nicht, wie Sabotage es forderte, gegen den „Schmachtritten von Versailles“ zu demonstrieren, sondern Mittel und Wege zu suchen, um eine Revision des Friedens im Sinne der sozialistischen Grundzüge herbeizuführen. Dazu bedürfte es Stärkung der beginnenden revolutionären Bewegungen in den Ententeländern durch zielbewusste sozialistische Arbeit im eigenen Lande.

Als Direktor ergriff für die R. P. D. G. v. d. W. das Wort. Die Hauptfrage sei, so führte er aus, die Stabilisierung der politischen Lage des Proletariats. Dann würden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse so geregelt werden, daß jeder arbeiten und genießen würde. Diese Frage könne aber nur als Nachfrage ausgeprochen werden. Die Internationale müsse aufgebaut werden, aber anders, als es die S. P. D. wolle. Zunächst aber müsse die Aufrüstung, die S. P. D. befehligt, beseitigt werden, damit der Weg frei werde für den Massenkampf des Proletariats.

Mit einem Hoch auf die Internationale und auf den revolutionären Sozialismus wurde die Versammlung geschlossen.

Die um 6 Uhr nach dem Volkshaus in Charlottenburg von den Rechtssozialisten einberufene Versammlung war sehr zahl besucht. Die Versammlung verlangte förmlich die Wahl eines anderen Bureau. Das Bureau dankte daraufhin ab und die Versammlung wählte ein neues Bureau, das aus Mitgliedern der U. S. P. und der R. P. D. bestand. Es hätte sich bei dem großen Andrang notwendig gemacht, außer in dem großen Saal auch noch in kleineren Sälen und auf dem Hofe des Volkshauses Versammlungen abzuhalten. Es referierten Genosse Dr. B. v. d. W. ein, Genosse Schüller und Genosse K. v. d. W. Die Versammlung ging ruhig auseinander. Auch die Posttruppen boten der Versammlung einen Hof an, sie zogen aber bald wieder von dannen.

Nach Altem Gebräuche hatten die Rechtssozialisten ebenfalls eine Versammlung einberufen. Schon eine Stunde vor der festgesetzten Zeit hatten die Anhänger der U. S. P. sich zu tausenden eingefunden und vor dem noch geschlossenen Lokal Verkäufe genommen. Als der Saal geöffnet wurde, war er im Augenblick bis auf den letzten Platz besetzt; wer später kam — und das waren in der Mehrzahl Rechtssozialisten — der fand keinen Einlaß mehr. Um 5 Uhr eröffnete der Einberufer die Versammlung und wies dem Referenten Richard Fischer das Wort zu. Aus der Versammlung heraus wurde jedoch erst Bureauwahl verlangt, und es entspann sich nun eine Geschäftsordnungsdebatte, da der Einberufer dem Wunsch nicht Folge leisten wollte. Schließlich verzichtete die Versammlung auf Bureauwahl und überließ dem Einberufer die Leitung. Richard Fischer wollte mit sein Referat beginnen, kam aber über einige Zeile nicht hinweg. Darauf wurde er um Sprechens verweigert. Einen anderen Redner hätte die Versammlung vielleicht erden lassen, aber Richard Fischer steht in besonderem Ansehen bei der Berliner Arbeiterschaft; war er doch einer der mächtigsten Streikführer, und auch alle Einzelheiten des rechtssozialistischen Parteiverfahrens — so u. a. den „Vormarsch“-Mou — hat er begünstigt und gutgeheißen. Da ist es denn kein Wunder, daß ihm aus der Versammlung heraus Worte wie „Korrespondent“ und „Korrespondent“ zu hören waren, so daß er schließlich mit einer ärgerlichen Geste abtrat. Der Einberufer schloß gleich darauf die Versammlung, worauf sich etwa 20 Rechtssozialisten infolten. Nach einer kurzen Ansprache eines Genossen wurde kann die nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute Versammelten geloben, mit allen Kräften für die Sicherung der Revolution einzutreten und verpflichten sich, das Banner des internationalen Proletariats von der Befreiung durch die Rechtssozialisten, das heißt die Nationalsozialisten, zu reinigen. Ferner verpflichten sich die Versammelten, für die Fortentwicklung der Weltrevolution mit aller Kraft einzutreten.“

„Deutschland, Deutschland über alles!“

Zu der geistigen Demonstration werden uns von einem Augenzeugen folgende Einzelheiten berichtet:

Als wir uns im geordneten Zuge dem Schloße näherten, bemerkten wir auf dem Gebäude außer der großen Kriegsflagge eine ganze Anzahl Soldaten hinter den großen Figuren und Säuleneinfassungen am Rande des Daches mit allen modernen Waffen versehen. An unserem Zuge fuhrten sechs Mann ein großes Maschinengewehr ohne Munition auf einem kleinen Handwagen vorbei, nach dem Schloßbach winkend. Wie wußten, was man wollte, und ließen deswegen die Leute mit ihrem Maschinengewehr ruhig passieren. Da also dort, an der günstigsten Stelle, ein Stützpunkt nicht durch verdeckte Provokationen erzielt ließ, ging man offen vor: Von der Westseite des Schloßes her kam plötzlich eine Gruppe Stahlhelmler, schwärmte aus, entdeckte die Gewehre und schrie ohne jeden Anlaß „Straße frei“. Die Wache teilte sich, und es wäre eine Belästigung gewesen, diese paar Schreier zu umzingeln und zu entwaffnen. Darauf hatte man auch wahrlich nicht dem Schloßbach aus gewartet, man kam aber auch hier nicht auf die Rechnung.

An der Wilhelmstraße, als unter den Linden, fuhrten plötzlich in den nächsten Zug mehrere große Lastautos voller Soldaten mit Maschinengewehren und Flammenwerfern, sprangen ab, teilten den Zug nochmals und „führten“ die Linden. Ein Trupp abgeschliffener Kriegsmaschinen, etwa 12 Mann mit einem Revolver, ein Maschinengewehr auf Karren an der Spitze, kam von

Recht besetzten und gesperrten Brandenburger Tor her. Möglich, als sie am Hotel Adlon waren, führten auf Belsh „Rasch Rasch“ 23 Stahlhelmler mit gefülltem Gewehr und fertigem Flammenwerfer auf diesen Trupp los und umzingelten ihn. Der Anführer war ein junger Leutnant, seine Untergebenen waren noch jüngere Soldaten. Nach einigen Anschauungen ließ man die Kriegsmaschinen wieder laufen, um nach etwa 20 Schritten daselbst Schauspiel zum Gaudium der aus dem Hotel Adlon in großer Anzahl zuschauenden Ententeoffiziere zu wiederholen. Jetzt wurde es selbst dem Vortritt zu flücht. Es stellte den Offizier zur Rede, der aus Verlegenheit wie ein schüchterner Junge, der in seinem Spiel etwas Unbedacht vorgegangen ist, ganz blaß wurde. Als er auf die Frage eines Zivilisten, was die Kriegsmaschinen denn gemacht hätten, erklärte, sie sollten das Schloß wegwerfen, wurde ihm treffend erwidert: Wenn Sie als Offizier für sich das Recht in Anspruch nehmen, auf dem Schloß die Kriegsmaschine zu lassen und mit schwarz-weiß-roten Fahnen herumzuführen, dann müsse man anderen Leuten auch das Recht zugestehen, wenigstens ihr Vereinsgeld frei zu tragen. Dann zog er wie ein beglückter Hund mit seinem Gefolge ab.

Am 2. Juli kamen mehrere Postautos mit Soldaten die Linden entlanggefahren. Hinter einigen Autos waren Geschäfte angehängt. Autos und Geschäfte waren mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Das letzte Auto, das mit besonders großer Fahne in den früheren Reichsfarben versehen war, trug verschiedene Offiziere, die während in den Fenstern des Hotel Adlon eine Menge Ententeoffiziere hielten, aus vollem Munde sangen: „Deutschland, Deutschland über alles...“. Diese Fahrt ging demonstrativ die Linden entlang und ließ wieder zurück ins Lager, das sich bei Kroll im Tiergarten befand. Hier sammelte es schon am frühen Morgen von Militär. Alle Geschäfte, Maschinengewehre, Gewehre, Flammenwerfer usw. wurden in Ordnung gebracht. Ein im vollem Orben geschmückter einberufener Offizier verteilte hier und da an seine Leute Zigaretten.

„Wer weiter geht, wird erschossen!“

Die „R. P. D.“ bringen folgende bezeichnende Mitteilung: Nach 1 Uhr passierte ein Zug von ungefähr 5000 Unabhängigen die Linden. Die Wilhelmstraße wurde rasch abgesperrt und eine Tafel: „Wer weiter geht, wird erschossen!“ warnte die Demonstrierenden. Ein Teil der Demonstrierenden zog sich durch das Brandenburger Tor zurück, der Rest des Zuges wurde zurückgedrängt und mußte unter dem Druck der herbeigekommenen Freiwilligen sein Vorhaben aufgeben.

Der amtliche Bericht.

Die Anhänger der Unabhängigen und Kommunisten haben, wie am Friedrichshain, wo etwa 6000 Personen demonstrieren, und anderen Plätzen im wesentlichen nach Aufgabe einiger Schweißschiffe durch Rekrutensoldaten ein schnelles Ende gefunden. In Zusammenstößen ist es bisher nur am Lustgarten und unter den Linden gekommen. Als die Menge heute nachmittags gegen zwei Uhr mit roten Fahnen die Linden passierte, feuerte plötzlich ein etwa 17-jähriger Junge einen Revolver in die Luft ab. Die Regierungssoldaten forderten hierauf die Menge auf, sofort auseinanderzugehen. Als Antwort fielen weitere Schüsse. Nun wurde Befehl zum Feuer gegeben, wodurch einige Personen verletzt wurden. Nachdem die Straße unter den Linden gesäubert worden war, zogen mehrere tausend Personen durch die Kurve Wilhelm- und Luisenstraße über den Marktplatz in nördlicher Richtung davon unter schweigendem Ruf: „Hoch die internationale Weltrevolution, wieder mit der Negierung, wieder mit Rache!“

Nach den bisherigen Feststellungen wurden drei Personen durch Schüsse verletzt. Eine Anzahl Personen, darunter mehrere Matrosen, wurden festgenommen. An anderen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten, die ihre Wagen zur Befriederung von Personen besetzten, und den Streikenden.

Rundgebungen im Reich.

Eigene Drahtnachrichten der „Freiheit“.

Königsberg, 21. Juli.
Heute veranstalteten feiernde Arbeiter, darunter Eisenbahner, Arbeiter des Metallhandels und Gewerbes, Straßenbahner und Arbeiter einer Mühle mehrere industrieller Betriebe einen Marsch durch die Stadt mit Fahnen und Schildern, auf denen die Internationale gezeichnet wurde, zum Walter-Simon-Platz, wo mehrere Redner der Unabhängigen Ansprachen hielten. Die Straßenbahnen verkehrten nicht. Die an das Elektrizitätswerk angehängten Hallungen konnten nicht erscheinen.

Köln, 21. Juli.
Der Generalkongress war vollständig. Eine Massenversammlung unter freiem Himmel schloß mit dem Bekenntnis zur Internationalen ab. Die Rundgebungen nahmen einen ruhigen Verlauf.

Miel, 21. Juli.
Hier herrschte vollständige Arbeitshaus. Die Morgenversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten wies einen tiefen Verlauf auf. Eine Straßen demonstration schloß sich an. Die Zubehörende der Umgebung feierten ebenfalls. In der Provinz herrschte teilweise Arbeitsruhe.

Kassel, 21. Juli.
In Kassel veranstalteten die Unabhängigen eine glänzende Rundgebung. Tausende revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrieren durch einjährige Arbeitshausleistung in Massenversammlungen und imposanten Straßenumzügen gegen den internationalen Kapitalismus, Imperialismus und seine Helfer, und für die sozialistische Volkerverbesserung.

Senftenberg (Lausitz), 21. Juli.
Im Senftenberger Kohlenrevier wurde die Arbeit fast vollständig. Große Anzüge gingen von den Sammelplätzen der Gewerkschaften aus. Ein Redner sprach hiesigen Brief.

Dresden, 21. Juli.
Nachmittags fand eine imposante Rundgebung auf dem Schützenplatz statt. Etwa 25000 Personen nahmen daran teil. Viele Betriebe feierten ganz oder teilweise. Große Begeisterung herrschte. Klammig wurde eine Resolution angenommen. Das Komitee wurde in Vertretung. Die Rundgebung verlief würdevoll und ohne Zwischenfälle. Sie war ein großer Erfolg der U.S.P.

Berlin, 21. Juli.
L. A. berichtet: Aus dem Reich liegen über den Verlauf des heutigen Tages folgende Mitteilungen vor:
In den größeren industriellen Betrieben Hannovers ruht seit 11 Uhr nachmittags die Arbeit. Unter freiem Himmel hielten die Kommunisten und Unabhängigen Versammlungen ab nach deren Schluss die Teilnehmer, mehrere Tausend Mann, vor das Rathaus zogen, wo weitere Ansprachen gehalten wurden.

Der Betrieb in der Erfurter Fabrik ruht vollständig. Die Arbeiter der hiesigen Elektrizität- und Wasserwerke sind ebenfalls in den Kassen getreten. Zeitungen erschienen nicht. Die Straßen und Eisenbahn verkehr. Am Vormittag fand eine Versammlung auf dem Friedrichshain und ein Umzug statt.

Halle, 21. Juli (M. T. B.).
Die Arbeiter der hiesigen Elektrizitätswerke und der hiesigen Gaswerke streikten. Der Betrieb der Wasserwerke wird aufrecht erhalten. Der Straßenverkehr ruht, die Zeitungen erscheinen nicht. Nachmittags fand ein großer Kundgebungs umzug der hiesigen hiesigen statt.

Braunschweig, 21. Juli (M. T. B.).
Am Streik beteiligen sich in Braunschweig die Arbeiter aller Werke im Verein der Braunschweiger Metallarbeiter, der Leinwandfabriken und der Eisenbahnerwerkstätten Hauptbahnhof und Hofhof-Ofen. Der Streik im Hauptbahnhof dauert weiter. Die Angestellten der Industriebetriebe beteiligen sich am Streik. In den Betrieben der Konsumindustrie wird nicht gestreikt, da die Streikleitung von vornherein angeschlossen hat, daß diese Betriebe wegen der Wichtigkeit für die Mittelverfertigung nicht streikfrei werden sollen. Vormittags und nachmittags finden Versammlungen der Kommunisten und der Unabhängigen statt.

Darum war das in Kiel möglich?

Die rechtssozialistische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ veröffentlichte in ihrer Sonnabendnummer folgende Rundgebung:

Internationale Rundgebung am 21. Juli.

Die gesamte Arbeiterschaft von Groß-Kiel wird für den Montag, den 21. Juli, an der internationalen Demonstration des Proletariats teilnehmen. Nach den Beschüssen der Vertreterleute der Sozialdemokratischen Partei ruht an diesem Tage die Arbeit in allen Groß- und Kleinbetrieben, Werkstätten und Fabriken, Bureau und Geschäften. Ausnahmen sind nur zugelassen für die Licht- und Wasserwerke und die Brandenbühnen. In diesen Betrieben wird gearbeitet werden. Geschäftshäuser und Kriegsbüros dürfen bis 2 Uhr nachmittags offenhalten. (Folgen Anweisungen für die Demonstration.)

Arbeiter und Arbeiterinnen! Angestellte und Parteigenossen! An diesem Tage muß der Gedanke der internationalen Solidarität in glänzender Weise zum Ausdruck gebracht werden. Die Arbeiterklasse kennt keine Grenzlinie, sie reicht über die Schranken hinweg der Arbeiter in Frankreich, England und Italien die Handreichend!

Arbeiter und Parteigenossen von Groß-Kiel Bewußt die Tat die Einigkeit der internationalen Arbeiterklasse. Demonstration muß zu einer gewaltigen und wichtigen Rundgebung werden. In jede Familie und jede Wohnung muß der Gedanke des Sozialismus hineingetragen werden, damit an diesem Tage alle Kreise des Volkes sich vereinigen zu einer geschlossenen Aktion der Kieler Arbeiterschaft.

Auf zur internationalen Rundgebung am 21. Juli!

Nach der Demonstration wird am Grabe der Revolutionäre ein Kranz niedergelegt werden.

Von Rechts wegen mühte man die Kieler Organisation der S. P. D. aus der Partei auszuscheiden, um sich derselben „Verbrechen“ am deutschen Volke, der Kieler Schädigungen der Volkswirtschaft usw. schuldig gemacht zu haben, wie die bösen „Unabhängigen“ durch ihre Aufforderung zum Generalkongress am 21. Juli.

Ein Irrtum.

Der „Kämpfer“ bracht uns unserem Münchener Parteileitung „Der Kämpfer“, vom 17. Juli, eine angebliche Zuschrift der Parteileitung der U. S. P. ab, in der gesagt wird, daß ein Antrag der U. S. P. für den 21. Juli nicht beschlossene Sache sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß eine solche Zuschrift unserer Parteileitung nicht erfolgt ist und nicht erfolgen konnte, da der Antrag der Parteileitung, der zu der Rundgebung aufforderte, bereits am 15. Juli beschlossen war und im Parteitag der „Freiheit“ am 18. Juli beschlossen ist.

Nach dem Schluß der Ablehnung des Erfurter Programms.

Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.

Weimar, 21. Juli.
Heute, am Tage der internationalen Rundgebung des Proletariats, haben die Rechtssozialisten die letzte Konsequenz ihrer bisherigen Politik gezogen. Sie haben sich ausdrücklich öffentlich als Gegner des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms bekannt. Es bleibt ihnen nicht einmal das das Heigenblatt eines Programms, das sie tatsächlich schon mehreren Jahren haben. Sie können nur noch Anspruch darauf machen, daß sie noch einem einzigen Grundsatz treu bleiben, dem Grundsatz: alle Grundsätze der Sozialdemokratie radikal zu verwirklichen.
Der fünfte Abschnitt des Grundrechtes, den die Nationalversammlung heute nachmittags beriet, behandelt das Wirtschaftssystem. Dieser Abschnitt legt das kapitalistische Wirtschaftssystem verfassungsmäßig fest. Diese Tatsache wird auch durch die Bestimmungen der Verfassung nicht auf der Welt geschafft, die dem Reich die Möglichkeit der Verwirklichung und der Schaffung von gemischtwirtschaftlichen Verfassungen gibt. Die Rede des Reichspräsidenten Singheim verurteilt allerdings mit der Absicht eines längeren Juristen die Verankerung des Kapitals in der Verfassung als sozialdemokratisch hinzustellen. Sogleich enthält dieser Abschnitt der Verfassung Artikel 103 eine Art von Betriebsratgesetz, das weit hinter dem zurückbleibt, was die ehemalige Regierung unter dem Druck der mitteleuropäischen Generalkongresse den Arbeitern angebotenen hatte. Dieser Artikel stellt nichts anderes dar, als die verfassungsmäßige Verankerung der berechtigten Arbeitergemeinschaft.
Gegenüber dieser Beschränkung des Sozialismus in der Verfassung betonte die Reaktion der unabhängigen Sozialdemokratie das Bekenntnis zum Sozialismus und die verfassungsmäßige Überlegenheit des Willens zum Sozialismus. Sie besaßen eigenen Worten des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms fortzusetzen, so etwas neues Artikel 103, der die Arbeiter

Überführung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische
durch die Arbeiterklasse und die Befreiung der Klassenverhältnisse
und der Klassen selbst als Ziel hingestellt. Sie gab damit den
sozialistischen Bewegungen, sich an einem Tage, an dem das
internationale Proletariat keine Gegenpartei gegen den Kapitalismus
hinschauen verleihe, darüber zu äußern, ob sie nach wie
vor Anhänger des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms
oder ob sie gesonnen sind, in voller Öffentlichkeit ihren grund-
sätzlichen Verzicht am Sozialismus anzugeben.

Genosse Henke benutzte die Begründung dieses Antrages,
um die Ziele der Klassenbewegung gegenüber dieser
bürgerlich-kapitalistischen Nationalversammlung zum Ausdruck zu
bringen und ein kräftiges Bekenntnis zum inter-
nationalen Klassenkampf, zur Disziplin des
Proletariats, abzulegen. Das Vorgesagte der bürger-
lichen Parteien und einiger Rechtssozialisten begleitete diese
Aussage. Warum sollten die Rechtssozialisten nicht wider
den Gedanken des internationalen Klassenkampfes stehen, nach-
dem die Demonstrationen für diesen Gedanken in Berlin
verloren?

Und dann stimmten sie wirklich gegen die Herab-
setzung und grundsätzlichen Forderungen des Erfurter Programms, gegen
das grundsätzliche Bekenntnis zum Sozialismus!

Jedes Wort des Kommentars würde die Wirkung dieser
Abstimmung abschwächen. Sie haben alles verloren — erst die
Demokratie, auf die sie angeblich noch schwanden, nun den
Sozialismus. Man hatte keine Steigerung mehr erwartet noch
ihrem Bekenntnis zum Sozialismus. Man ist sie doch eingetreten.

Das obige Genosse trieb nach dieser Abstimmung den Rechts-
sozialisten Daxos auf die Erträge, bis er sich erregt gegen
den Vorwurf vermahnte, daß er keine Freunde Verächter
und Manegaten seien. Diesen Vorwurf hatte schon ausdrücklich
niemand gemacht. Aber Genosse Henke ergriß die Gelegen-
heit, um den Rechtssozialisten das fast endlose Kapitel über
den Verzicht auf den sozialistischen Grundgedanken vorzuhalten.
Rechtssozialisten die Rechtssozialisten jemals keine Zeit übrig; sie
dürfen durch Verzicht die Darlegung ihrer Schwäche zu über-
sehen. Sie können es jedoch nicht verhindern, daß Genosse
Henke ihnen am Ende seiner eindringlichen Anklage die Worte:
Manegaten und Verächter nun ausdrücklich ins Gesicht klopfte.
In der Tat: Verzicht auf Recht haben im Verlaufe dieser
Verhandlungsbemühungen die Rechtssozialisten angeführt. Die Ver-
leugungsbemühungen geht ihrem Ende zu und an diesem Ende dürfen
sie die Rechte ihrer Verächter mit der Verleugnung des grund-
sätzlichen Teils des Erfurter Programms!

Das Reichstagen vor der Nationalversammlung.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Weimar, 21. Juli.

Gegen 7 Uhr abends begann die Nationalversammlung die
Beratung des Artikels 102, der das Vertriebsverbot der Regie-
rung enthält. Zum erstenmal im Laufe dieser Verfassungs-
beratung ist gründlich die Rede vom Reichstagen. Die Furcht vor
dem Proletariat hat Regierung und bürgerliche Parteien dazu
getrieben, in dieser Verfassung von Arbeiter- und Betriebsräten
zu reden. Aber das, was dieser Artikel 102 enthält, ist nur eine
rechtliche Fiktion. Die Regierung hat sich nicht getraut, die
Wesen wurde durch Herrn Deichmann treffend gekennzeichnet.
Er äußert, daß in diesem Entwurf aus der Kampfbewegung
des Proletariats eine Art Berufsständischer Ver-
fassung geworden sei, und mit sicherem Instinkt das konter-
reäre Element in seinem Entwurf bemerkte. Der Konterreäre
Wille, wie sehr heute die Frage des Reichstages im Mittelpunkt
der gesamten Politik steht, und er sucht durch seine Umwandlung
in ein konterreäres Element die für das jetzige System gefähr-
liche ungesunde propagandistische Wirkung des Reichstages ab-
zuschwächen. Der demokratische Arbeiterföderation er leidet alles
noch mehr gegen die Arbeiterklasse ganz unberührt, er leidet alles
ab: die politischen Räte, die Kontrolle. Man will ihnen nur eine
bestimmte Arbeiter wieder der ruhige und gesunde Arbeiter sein
werden, an dem der Unternehmer seine Reue hat.

Dann kam die Rede an unseren Genossen Poenen. Und
nun folgte die Abstimmung mit der Nationalversammlung und
ihren Verfassungswort. Er zeigte, wie man es vom Standpunkt
der Disziplin des Proletariats, vom mehrheitlich sozialistischen
Standpunkt anarbeiten müßte. Wie ein Sturmwind ging die
gleichzeitige Rede Poenen über jene politisch verirrte Verfassung
lang der Fäden und der Fäden der Bourgeoisie hinweg.

Der Reichstag, mit dem sie ihre Tätigkeit in der National-
versammlung zu beenden suchten, wurde zerfallen und ein ge-
trenntes Bild der sozialen Kämpfe, die sich jetzt in Deutschland
in abspielen, entrollt. Es gibt noch eine soziale Revolution in
Deutschland trotz der Nationalversammlung, und das Hauptziel
des Sozialismus während der Rede Poenen war das Ein-
verständnis, daß sie die kontinente Abrechnung hätten.

Witze in Deutschland.

Der Militärpartei geht es offenbar nicht mehr, daß
insolge der hervorragenden Arbeiterdisziplin in Hamburg
vollkommene Ruhe und Ordnung herrschen.

Das Korps Leitow teilt dem Wolff-Bureau folgendes
zur Veröffentlichung mit:

Warnung an die Hamburger Volkszeitung.
Vorwiegend zu Beginn des Belagerungszustandes war das Korps
bewegungen die Hamburger Volkszeitung wegen Verleu-
gungen der Reichswehrtruppen und Verbreitung unwarer Dar-
stellungen der Besatzung beim Einmarsch zu verbieten. Neuer-
dings nimmt die Haltung des unabhängigen Blattes wieder For-
men an, die die Notwendigkeit eines Verbotes nahe
bringen, das sich nicht auf den politischen Standpunkt be-
zieht, sondern auf den unerhöhten und beispiellosen Ton,
in dem die Hamburger Volkszeitung die Regierung und Wehr-
behörden behandelt. Die große Gefahr, die die fortgesetzte Hebe mit allen
Mitteln für den Frieden des Landes und der Bevölkerung be-
deutet, zwingt das Korps, endlich dieser Sabotage ein
Blatt offen die Wehrbehörden zum Verbot auf (Verbot Nr. 104).
Spricht man einer totalen Komplexion und begrenzten Regierung
(Eisenbesitz). Ein Korpsbefehl, der verfassungsmäßig die Ver-
öffentlichung von Wehrbehörden verbietet, wird „das Standhafte
Dokument“ genannt, das in dieser Beziehung fertiggedruckt wurde.
Ein Satz wie dieser „Eine antimilitärische revolutionäre Bewegung
braucht Belagerungszustand und militärische Gewalt zur Ver-
wirklichung ihrer bestmöglichen Maßnahmen.“ kennzeichnet nur den
allgemeinen Ton des unabhängigen Blattes. Das Korps wozu
die Hamburger Volkszeitung vor Verleugung bür-
gerlich-kapitalistischen Gehe. Das Blatt müße seinen politischen

Standpunkt wechsell, wenn es aber diese Schreibweise, die not-
wendig Unruhe unter der arbeitenden Bevölkerung noch sich
ziehen muß, fortsetzen will, wird sich die Notwendigkeit
eines abermaligen Verbotes ergeben, das das Blatt
selbst gütigstellen hat. Die Zeitung sei auch noch darauf
aufmerksam gemacht, daß die Verleugungen des Korps betrüb-
lich an der Spitze des Blattes zu bringen sind, was die Ver-
teilung gänzlich unterlassen hat.

ges. v. Leitow, Generalmajor.

Reich der „Welt von Ostafrika“ nicht, oder will er es
nicht wissen, daß die Unruhe, die er vermeiden will, gerade
erst durch solche unerhöhten Verbote, durch solche Anhebung
der Pressefreiheit noch besonders hervorgerufen werden?
Trotz der Provokation der Hamburger Regierungstruppen,
die grundlos Schwerkriegsverbrechen misshandeln, was sogar
den „Vorwärts“ zu einem energischen Protest veranlaßt hat,
ist es in Hamburg in den letzten Wochen auch nicht im
geringsten zu irgendwelchen Unruhen gekommen. Gerade
deshalb zeigt die obige „Warnung“ des Herrn General
deutlich, daß die Provokation geradezu an den Haaren
herbeigezogen werden soll. Doch die Arbeiter werden den
Militärs diesen Befehlen nun gerade nicht tun.

Militärische Gewalt Herrschaft.

Insterburg, 21. Juli.

Am Freitag und Sonnabend kam es in Insterburg zu blut-
igen Unruhen.

Der Arbeiterrat, der Vorstand des Reichsbundes der S. P. D.
und die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenver-
sammlung haben infolgedessen an den Reichswehrminister, den Mi-
nister des Innern und das Generalkommando Königsberg fol-
gende Dringlichkeit geschrieben:

Am Freitag, den 18. Juni es nach dem Einrücken der
D. Jäger zu Pferde auf dem Neuen Markt zu blutigen Sa-
kramenten. Am Sonnabend verurteilte dann ein große-
res Hofen, etwa 300 Mann, mit Seitengewehren, Revolvern und
Ganggeschossen bewaffnet, die Seite zweier Gewerkschaften zu ver-
haften. Beim Angriff auf die Bergbauabteilung gab es 4 Tote und
mehrere Verwundete. Da es um seit Revolutionen beginn
gegangen ist, alle Gewalttätigkeiten ohne militärischen Eingreifen
zu verhindern, im Gegenteil das beste Einverständnis zwischen der
arbeitenden Bevölkerung und den hier garnisonierenden Truppen
stellen behand, eruchen wir:

1. die Jäger zu Pferde sofort abtransportieren;
2. weitere Grenzschutztruppen unter keinen Umständen herzu-
legen;
3. den übrigen Insterburger Truppen das Tragen von Waffen
außer Dienst zu verbieten.

Nachdem Staatskommissar Sinnig, der gestern in Inster-
burg eintraf, mit den Vertretern der Gewerkschaften und dem
Arbeiterrat verhandelt und bei dieser Gelegenheit versprochen hat,
Sorge dafür tragen zu wollen, daß für Beseitigung der Mißstände
baldmöglichst gesorgt werde, ist heute in Insterburg alles ruhig.

Die hier geschilderten Vorgänge reißen sich den Gewalt-
akten der Grenzschutztruppen gegen unsere Genossen in
Königsberg würdig an. Bezeichnend ist es, daß diese
Truppen in Insterburg — wie übrigens schon früher in
Reidenburg — gegen die dortigen rechtssozialistischen Ar-
beiter vorgegangen sind. Die Hebe der kaiserlichen Offi-
ziere trägt ihre Früchte; die aufgeschütteten Soldaten stürzen
sich — in Ermangelung unabhängiger oder kommunistischer
„Verleumdung“ — auf die friedlichen Veranstaltungen rechts-
sozialistischer Gewerkschaften und richten unter ihnen ein
schreckliches Blutbad an. Da dieser Vorgang keineswegs ver-
einzelt dasteht, illustriert er in krasser Weise die Ohnmacht
der Regierung ihren militärischen Schutzhelfern gegenüber
und die Früchte der Politik, die Rolle in seinem Ressort ge-
trieben hat.

Unfall auf einer Eisenbahn.

Königsberg i. Pr., 21. Juli.

Am 19. d. M. ereignete sich auf der Strecke Gerdauen—Friedland
ein Schienenkatastrophen der Eisenbahndirektion Königs-
berg, in dem ein Vertreter der Eisenbahndirektion
und der Arbeiterklasse verunglückte, die von einem Dampf-
lokomotive durch das Weichenverbot der Weiche gerammt.
Wahrscheinlich hatten in einer Gleisverengung bei Wahrens
Steine auf die Schienen geschüttet, die der Lokomotivführer erst im
letzten Augenblick bemerken konnte. Das Unglück wurde die
Wohlung hinausgeschleudert, wobei die Insassen zum Teil verwun-
det wurden. Der Vertreter der Arbeiterklasse,
Goldmann, wurde getötet, während die übrigen Insas-
sen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davon kamen.

Die Bewegung der Bankbeamten.

Berlin, 21. Juli.

Wie der allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten mit-
teilt, haben sich die Berliner Bankleitungen geweigert,
mit den Angestellten- und Arbeiterausschüssen über die ge-
forderte Auszahlung der Beihilfen in Kauterhand-
lungen einzutreten. Die Bankleitungen bezweifelten die
Kaufkraft an die Organisationen. Da nach den Bestimmungen der
Verordnung vom 28. Dezember 1918 die Bankleitungen verpflich-
tet sind, mit den Ausschüssen zu verhandeln, riefen die Oberen der
in Frage kommenden Ausschüsse im Falle des Versagens
Ratz heute vorzeitig die Intervention des Reichs-
arbeits-Ministeriums an.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Von zehnjähriger Seite wird W. L. D. zur Frage der Kriegs-
gefangenenheimkehr mitgeteilt:

Verstorbene Rettungsbemühungen der letzten Zeit sind geblieben,
in der Öffentlichkeit irdnliche Ansichten über die ent-
geltlich schon in letzter Zeit zu erwartende Heimkehr der deut-
schen Kriegsgefangenen aus den feindlichen Ländern zu erwecken.
Sonder ist diese Hoffnung auf eine baldige Er-
lösung unserer schwergeprüften Landsleute nicht berech-
tigt. Es wird noch längere Zeit dauern, ehe wir die
lange Ersehnten wiedersehen. Der Grund hierfür liegt auf laien
unserer Gegner.

Im Artikel 114 der Friedensbedingungen heißt es, daß
die Heimkehr der Kriegsgefangenen sobald als möglich und
mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden soll. In dem
darauf folgenden Artikel 216 wird gesagt, daß die Heimkehr der
Kriegsgefangenen und Zivilinternierten durch eine Kommit-
tion zu fördern sei, die aus Vertretern der alliierten und assoziierten
Mächte einzusetzen und aus Mitgliedern der jeweiligen Regierung
amterreichlich bestehen soll.

Der deutsche Vertreter für diese Kommission besteht aus einem
sech Wochen vergeblich in Versailles auf die Ernennung und das
Erhalten der gegnerischen Mitglieder. Eine solche Kommission
nicht ihre Arbeit, die innerlich noch einige Zeit in Anspruch neh-
men wird, aufgenommen hat, ist an eine Heimkehr der deutschen
Kriegsgefangenen und Zivilinternierten nicht zu denken.

Der deutsche Regierung seien keine Maßnahmen zur
Verfügung, um eine Beschleunigung dieser für die Zurück-
führung unserer Landsleute unbedingt notwendigen Kommissions-
beratungen zu ermöglichen. Sie kann nur immer aufs neue die
feindlichen Regierungen nachdrücklich bitten, mit der Beschleunigung
der deutschen Kriegsgefangenen Ernst zu machen, und sich
möglichst über die Möglichkeit für die Kommission zu er-
klären, was sie in Tätigkeit zu setzen.

Eine dies nicht erreicht zu werden mit nicht Hoffnungen
auf eine unmittelbar bevorstehende Heimkehr
bei den Angehörigen erwecken, denen schon bald die
bitterste Enttäuschung folgen muß.

200 Milliarden Schadenersatz.

Verailles, 20. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Friedensauschusses der Rame
mit verlorene Dabell über die Wiedergutmachungs-
klauseln des Friedensvertrages mit Deutschland. Er berechnet
die Schadenssumme, die Deutschland bezahlen müsse, auf
200 Milliarden, die sich zusammensetzen aus 110 Milliarden
für materielle Schäden, in denen 25 Milliarden für entgan-
genen Gewinne durch Stilllegung der Industrie einbezogen
sind. Die Summe der materiellen Wiedergutmachungen
besteht er auf 45 Milliarden 51 Millionen. Für Entschädig-
ungen milderlicherer Kinder berechnet er 6 Mill-
arden 999 Millionen. Für Entschädigungen an Osteuropäer
berechnet er 2 Milliarden 510 Millionen, für Entschädigungen an Wit-
wen und Verwundete rechnet er 6 Milliarden, für militä-
rische Aufwendungen nach Krieg vom 8. August 1914 13 Milliar-
den 275 Millionen und schließlich für Zusatzen an Kriegs-
gefangene 163 Millionen 670 000 Franken. Dabei seien die
Kriegskosten nicht einbezogen, die Belgien allein mit
5 Milliarden 260 Millionen geschuldet wären. Daraus ent-
ziehen auf Frankreich 1 Milliarde 999 Millionen, auf England die
gleiche Summe und auf Amerika 1 Milliarde 300 Millionen. Der
Verleumdung wird Deutschland seinen Bericht vorstellen.

Amerikanischer Schiffsraum für Deutschland.

Osag, 21. Juli.

Holländisch Reedereien melden aus Washington: Der
amerikanische Schiffsraum hat gestern die Kapazität von zehn
Schiffsladungen von insgesamt 90 000 Tonnen für den
Handel nach Deutschland freigegeben. Die Schiffe gehen von
New York, zwei von Philadelphia, eins aus Ostend und eins
aus Boston ab. Zwei weitere sind mit Baumwolle beladen.
Die Schiffe werden entweder Ende Juli, oder Anfang August
abreisen.

Amerikanische Intervention in Mexiko.

Amsterdam, 21. Juli.

Das amerikanische Bureau meldet aus Washington, daß die ame-
rikanische Regierung bei der mexikanischen wegen der am 6. Juli
in der Nähe von Tampico erfolgten Verhaftung amerikanischer
Matrosen des amerikanischen Konsuls „Cheyenne“
Verhaftungen erlassen hat. Das Kriegs- und Marine-
departement versucht nicht, den Ernst der Lage
abzuschwächen.

Ausdehnung des englischen Bezugsbereichs.

London, 21. Juli. (Kont.)

Der Streik der Post- und Telegraphenarbeiter hat sich ausgedehnt
es umfaßt jetzt 200 000 Arbeiter.

Osag, 21. Juli.

„Daily Herald“ berichtet, daß die Zahl der arbeitenden Berg-
arbeiter in England und Schottland sich auf 200 000 beläuft.
In Lancashire ist am Freitag der Streik bereits all-
gemein geendet. Unter den schottischen Bergarbeitern
und in Leicestershire sei der Streik sehr wahr-
scheinlich. Die Bergarbeiterunion in Dornoch (Schottland) von
der Regierung eine Lohnzulage von 14,5 v. H. für Arbeitssicherheit,
um den Ausfall der Stände, die weniger gearbeitet werden, zu
decken.

Die Hogeester in London.

TU, Amsterdam, 20. Juli.

Über die Hogeester in London wird einem holländischen
Blatte u. a. gemeldet: Eine ungeheure Menschenmenge war seit
den höchsten Morgenstunden auf den Straßen, um dem Schen-
spiel des Verbotmarches der Truppen beizuhängen. In den
Kirchen fanden feierliche Gottesdienste statt. Das mit dem Union
Jack und mit Lorbeerkränzen geschmückte Ehrenzug über die
Georgien der Soldatinnen. Tag und Nacht haben Schiffschwärme
mit gekniffenem Gewehr vor dem Grabmal zu Ehren der Gefalle-
nen. Klängen und Märsche wurden in reichem Maße abgehalten.
Die hochberühmten Truppen erloschen militärische Ehrenbeglei-
tungen. Die ausländischen Truppen marschierten an der Spitze
des Zuges, voran die Amerikaner mit General Pershing,
wo der Bevölkerung herzlich begrüßt. Auch die Löcher kamen
den Generäle wurden Kings des ganzen Tages mit Jubelrufen
empfangen. Am meisten wurde der Kaiser hoch geehrt. Die
englischen Truppen der Marineinfanterie waren unter Führung
von Beach durch die Straßen. Dazwischen lagen Truppen aller
Waffenstellungen mit Geschützen und Kampfmateriale. Der
König, in Kommandeur gefolgt, bestand sich mit dem Prinzen
von Wales und Lord George im königlichen Park bei der
Victoria-Stätte.

Das neue spanische Kabinett. Das Kabinett wird gemeldet
unter dem Vorsitz von Sanchez Toca ist ein neues Kabinett
gebildet worden. Heute hat das Kabinett die Kabinettbildung
nicht angenommen, während dies durch einen Gesetzentwurf
bestätigt war.

Ein amerikanischer Arbeiterkongress hat sich in Bangor
am 1. unter der Leitung des sozialdemokratischen Arbeiter
Bewegung ereignet. Der radikalsozialistische Journalist Jensen
mit Frau mußten auf Grund eines Urteils des hiesigen sozial-
istischen Richters „Gamb“, wurde Jensen angeordnet
wurde, auf die bei der Verhaftung des hiesigen Generals
hinter eine Verleumdung zu verzichten, das Band
verliehen. Der Fall war in unruhige Hände gelangt. Jen-
sen wurde bei seiner Ankunft in Edinburgh sofort verhaftet.
Kontrolliert mit Waffen. Das bei den letzten Tagen der Sitzung
hoben hat jetzt geschlossene Briefe über die Verhandlungen
gegen Auslandsgeldgeber zugehoben.

Arbeiterräte, Betriebsräte, Vertrauensleute!

Zur Ausführung des Beschlusses der Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins betreffend Gründung eines Wahl- und Propagandafonds wird vom rechtmäßigen Vollzugrat folgendes zur Kenntnis gebracht.

Zur Ausgabe gelangen:

- 1. Marken à 1,00 Mark.
- 2. Marken à 0,50 Mark.

Alle Marken zum Einsetzen der Marken, auf denen der Name des Inhabers mit Zitate gefahren vom Betriebsrat oder von einer Vertrauensperson vermerkt werden muß. Der Vertrieb der Marken an die Arbeiter, Betriebsräte und Vertrauensleute liegt in den Händen der Kasse des Vollzugsrats Groß-Berlin.

Der Inhalt der Marken soll in folgender Weise vorliegen:

1. In den Betrieben eines Wahlbezirks, in denen der Arbeiterrat der rechtmäßigen Vollversammlung angehört, ist für die Ausgabe der Marken nur der Arbeiterrat zuständig. Dieser hat fernerhin zum Verkauf d. h. Marken an die Betriebsräte und Vertrauensleute seiner Bezirke abzugeben.

2. In den Betrieben eines Wahlbezirks, in denen der Arbeiterrat der abgeschlossenen Gruppe der S. P. D. und Demokraten angehört, müssen die Marken und Kopien von den Betriebsräten und Vertrauensleuten, die die Vollversammlung als rechtmäßige Vertreterin der Groß-Berliner Arbeiterärzte kennen, von der Kasse des Vollzugsrats abgeholt und umgesetzt werden.

Die Ausgabe der Marken und Kopien erfolgt an die Arbeiterärzte, Betriebsräte und Vertrauensleute vom Dienstag, den 22. Juli 1919 ab, in den Räumen 23, Zimmer 11, von 10 bis 6 Uhr.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß für diesen Funktionär, der die Marken abholt, außerordentliche Legitimation erforderlich ist. Als Legitimation gilt der Nachweis der Mitgliedschaft im Arbeiter- oder Betriebsrat sowie der Nachweis der Zugehörigkeit zu einer Partei oder einer auf dem Boden des Sozialismus stehenden Gewerkschaft.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte.

Die Regierung und ihre Helfershelfer, im Bunde mit dem kapitalistischen Unternehmertum, versuchen mit allen Mitteln die revolutionäre Erregungslage der Arbeiter- und Betriebsräte zu beseitigen oder zu einem Schattendasein zu verurteilen, um die soziale Revolution im Interesse des Kapitals und der Reaktion zu erschöpfen. Die Hand- und Kopfarbeiter würden dann schlimmer denn je der Ausbeutung und Entrechtung preisgegeben sein.

Wacht auf! Eure Zukunft, die Zukunft des Sozialismus steht auf dem Spiele. Ihr habt zu wählen zwischen parlamentarischer Anordnung oder Verwirklichung des sozialistischen Zieles des wiedererstandenen Sozialstaates.

Hebt daher Solidarität an und zeigt Euren Opfernmut! Die Mittel, die ihr zu dem Wahl- und Propagandafonds steuert, kommen Euch selbst, Euren Familien, Eurer Klasse, kommen der Sache des Sozialismus zugute!

Die Februarrevolte im Ruhrkohlengebiet.

Prozess vor dem Essener Schwurgericht.

Der dem Essener Schwurgericht begann heute ein Prozeß gegen 2 Angeklagte, der wegen seiner Bedeutung für die Arbeiterbewegung Deutschlands von großem Interesse ist. Die Anklage lautet folgende: Die Bergarbeiter des Ruhrkohlengebietes, die von der Regierung durch Scheidemann wiederholt bestanden, sich mit der Sozialisierung des Bergbaus endlich Ernst gemacht habe. Im Januar wurde die Reiner-Kommission gewählt, die aus Vertretern der Reichsregierung, der U. S. P. D. und der Kommunisten bestand und der Aufgabe zuziel, die Sozialisierung vorzubereiten. Die Reiner-Kommission arbeitete gemeinsam mit den Reichskommissaren und wurde damals von den Regierungsvorstellern ausdrücklich anerkannt. Im Vertrauen auf diese Anerkennung gingen die Bergleute in die Gruben zur Förderung. Infolgeder Unfähigkeit der Regierung begann die Gruben unter den Bergarbeitern auf neuen. Es kam zur Verhaftung des Gewerkschaftsleiters des Bergbaus in Münster i. W. Schlichting, der die Überführung der Bergarbeiter in die Reichsregierung des Ruhrkohlengebietes, an der auch die Reichsregierung teilnahm, Rechte der Regierung ein Minimum, in der einmütigen Anerkennung des Streikrechts der Reiner-Kommission und der Arbeiter im Bergbau und ferner die Durchziehung der Reiner-Kommission aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gefordert wurde. Die Anklage der Regierung war Abstreifung. Es wurde dann der Generalstreik für das Ruhrkohlengebiet beschlossen. Am 15. Februar kam es zu Zusammenstößen zwischen Bergarbeitergruppen und bewaffneten Arbeitern bei Herdorf. Das Vorgehen der Regierungstruppen erregte eine ungeheure Erbitterung unter der Ruhrbergarbeiter. Es bildeten sich aus den damals bestehenden Volkswachen die Arbeiterwehrtruppen, um einen weiteren Vorgehen der Regierungstruppen Widerstand entgegenzusetzen und damit ein geordnetes Abwickeln des Generalstreiks zu verhindern. Von Herdorf aus war ein für die Eisenbahnen des Ruhrkohlengebietes (Ruhr) bestimmter Lebensmittellieferant grundlos angegriffen und beschossen worden. Außerdem sollte von der Arbeiterwehrtruppe auf freilebende Bergarbeiter geschossen und ein Teil gefangen genommen werden sein. Das führte dann zu dem Angriff gegen Herdorf am 15. Februar. Eine Aufforderung an die Besatzung des Knappschaftes zur Aufgabe, wobei dieser Widerstand leistete, wenn die Waffen niedergelegt werden, wurde nicht befolgt. Es erfolgte dann der Angriff. Infolgeder Übermacht der Angreifer wurde die Besatzung des Knappschaftes in die Höhe gejagt. Als dann die Angreifer das Feuer einsetzten und sich dem Gebäude näherten, wurde nochmals darauf geachtet.

Die Anklage gegen die 2 Angeklagten lautet nach dem Feststellungsbescheid auf schweren Landfriedensbruch, gegen einen Landfriedensbruch auf Herdorf.

Die Angeklagten, die nach die Reichswehrmänner Oskar, Oswald,

Marx, Warmbrunn und Prieß verteidigt werden, sind zumeist Arbeiter und Handwerker aus Düsseldorf, Mülheim und Umgebung.

Die Verteidiger gehören, worauf Rechtsanwalt O. Buch ausdrücklich zu Beginn der Verhandlung hinweist, sämtlich einer Gesellschaft an, die durch ihre Lebensführung und ihre Umgebung gehindert ist, die richtigen Motive für das Handeln der Angeklagten zu verstehen.

Wir werden über den Verlauf des Prozesses, der voraussichtlich etwa 14 Tage dauern wird, nach seinem Abschluß im Zusammenhang berichten.

Beginn des Prozesses Neuring.

Am Montag vormittag begann vor dem Schwurgericht Dresden die Verhandlung gegen elf Personen, die des Zusammenwirkens bei der Entwertung des Miniers für Militärwesen Neuring angeklagt sind. Die Vorgeschichte dieses Prozesses, die feinergetragene Aufregung erregte und zu maßlosen Angriffen gegen angebliche kommunistische „Höher“ Veranlassung gab, ist kurz folgende:

Am 12. April demonstrierten die in den Dresdener Lagertenten befindlichen Kriegsverletzte und die dort diensttunenden Sanitätsmannschaften vor dem Gebäude des Kriegsministeriums und ließen durch Abordnungen einige Forderungen unterbreiten, die sich in der Hauptsache auf Fortgewährung der mobilen Gehaltssteigerungen richteten. Der Kriegsminister Neuring erklärte sich bereit, mit einer Wochnung der Demonstrationen zu verhandeln. Durch die Länge der Verhandlungen aufgebracht, schlug die schon ohnehin stark erregte Menge die Fenster und Türen des Gebäudes ein und entwarf die Wache. Um sie von dem weiteren Eindringen in das Gebäude abzuhalten, warf ein Soldat zwei Nebungs-Handgranaten in den Luftschutz des Hauses, durch die niemand verletzt wurde.

Die wartende Menge jedoch mußte annehmen, daß schwere Handgranaten geworfen seien; dazu veranlaßte sich das Gericht, der Kriegsminister Neuring selber hat das Versehen der Handgranaten besahen und sei dadurch ein Kriegsverlehter erneut verwundet worden. Außerdem ließ er, der Minister habe alle Forderungen abgelehnt. Der Demonstrationen bemächtigte sich infolge all dieser Dinge eine paar grundlose, aber doch begriffbare Mut. Sie drangen mit Gewalt in das Gebäude ein, entwarfen die Wache, entwarfen ebenso kleinere zu Geste eilende Truppen Sicherheitswache und schlepten den Minister heraus auf die Straße. Vergeblich versuchte Neuring zur Flucht zu gehen. Er wurde mißhandelt und unter Rufen „In die Erde mit ihm!“ auf die Erde geschleppt. Vom dritten Pfeiler ließ man ihn hinab in die Flut. Er vermodete sich schwimmend im Strome zu halten, hatte sich also wieder retten können. Doch wurde auf ihn Gewehrfeuer eröffnet. Etwa 400 Meter unterhalb der Brücke traf Neuring die tödliche Kugel. Er versank in den Fluten. Sein Leichnam wurde erst geraume Zeit später geborgen.

Die Untersuchung erstreckte sich auf weit über 100 Personen, von denen aber vor der Verhandlung die Mehrzahl aus der Haft wieder entlassen worden ist.

Die Anklage richtet sich gegen 1. den Kaufmann Gustav Freise, 2. den Maschinenbauer und Humoristen Heinrich Krebs, 3. den Schlosser Otto Müller, 4. den Schlosser Gustav Thoma, 5. den Hochbauarbeiter Wally Schreiber, 6. den Bierverleger Otto Kerzel, 7. den Seemann Rudolf Gargisch, 8. den Wälder Friedrich Becker, 9. den Wälder Georg Bog, 10. den Tischler Friedrich Wilhelm Heyemann und 11. den Dekorationsmaler Max Emil Pichler.

Die Anklage lautet auf Mord. Wir werden nach Ablauf des Prozesses über seinen Verlauf berichten.

Kreisgeneralversammlung für Teltow-Beestow (U. S. B.).

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus die Kreisgeneralversammlung des Zentralwahlvereins Teltow-Beestow statt. Genosse Kändler gab den Jahresbericht der geburdt vorlag. Trotz Geld- und Kraftmangel seien die Wahlen zur Nationalversammlung, Preussischen Landesversammlung und den Gemeindevertretungen gütlich aus. Eine Million Flugblätter wurden verbreitet; Resolutionsprogramme 200 000 Stück. Der Mitgliederstand ist nicht genau festzustellen, da einzelne Ortsvereine mit ihren Berichten noch im Rückstand sind. Gegen eine Mitgliederzahl von 5555 Genossen und Genossinnen am 1. April 1918, betrug die heutige Mitgliederzahl 25 000-28 000. 60 Ortsvereine sind zurzeit dem Kreis angeschlossen gegen 27 bei Beginn der Revolution. Genosse Freigang gab den Revisionsbericht, der allgemein lautet. — Wälder-Reich beantragt im Namen der Revisions-Delegation — Schneider-Kellner bezieht namens der Revisionskommission für die Provinz Brandenburg über gute Beziehungen im Kreise Rumow. — Reumann-Kopow bezieht für die Revisionskommission und sprach von der künftigen Aufwärtsentwicklung der „Freiheit“ und beklagte die Schaffung einer eigenen Druckerei.

In der Diskussion wurde dem Vorschlag im allgemeinen ungeteilte Anerkennung ausgesprochen. Peter-Müller-Gilde forderte mehr positive Bildungsarbeit und forderte zur Abnahme von Antikommunisten der „Freiheit“-Genossenschaft auf. Es folgte die Wahl des Kreisvorstandes. Als Vorsitzender wurde Genosse Kändler einstimmig wiedergewählt. Genosse Freund-Kellner mit grüner Majorität zum gleichberechtigten zweiten Vorsitzenden, als Schriftführer Genossin Beunikel-Charlottenburg, als Beisitzer die Genossen Löwenstein-Charlottenburg, Silberberg-Schönberg, Bohren-Sieglitz, als Revisoren die Genossen Lützow-Beunikel, Janitzki-Wilmersdorf, Gargisch-Charlottenburg, Freigang-Beestow, Wälder-Reich. Zum Kreissekretär im Nebenamt wurde Genosse Freigang gewählt. Die Revisionskommission für die Provinz Brandenburg wurde durch die Provinz Brandenburg Genossin Rosenbergs-Beestow, in die Kreisrevisionskommission Groß-Berlin Genosse Tischler-Charlottenburg und als Revisor für Groß-Berlin Genosse Oeding-Beestow.

Der Bildungsausschuß und zur Bildung einer Jugendkommission sollen die einzelnen Ortsvereine beauftragt werden.

Über den Punkt Reorganisation sprach sich eine Agende, knappe Rede. Es wurde beschlossen, den Kreis-

organisationsentwurf mit den beantragten Änderungen an die 12er Kommission zurückzugeben, die den beschriebenen Entwurf der nächsten Kreisgeneralversammlung vorlegen soll. Vorsitzender Kändler schloß mit ermunternden Worten zur restlosen Mitarbeit die Versammlung.

Der internationale Gewerkschaftskongress. Festlegung der Tagesordnung.

Amsterdam, 19. Juli.

Das Sekretariat des niederländischen Gewerkschaftsbundes teilt der hiesigen Vertretung des I. T. B. mit, daß dem internationalen Gewerkschaftskongress, der am Montag, den 28., beginnt, eine Konferenz vorangehen wird, die am 25. anfängt und im hiesigen Saale des Konzerthauses abgehalten werden wird. Sie wird aus je zwei Mitgliedern jeher auf dem Kongress vertretenen Delegation bestehen, hauptsächlich aus den Vorsitzenden und Sekretären der Gewerkschaftszentralen, die schon vor dem Krieg dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen waren. Diese Konferenz wird die Aufgabe haben, sich mit verschiedenen mit der Erleuchtung der Geschäfte des internationalen Gewerkschaftsbundes zusammenhängenden Angelegenheiten zu befassen und die letzten vorbereitenden Maßregeln für den Kongress zu treffen. Sie wird nicht öffentlich sein. Die Tagesordnung für den Kongress ist endgültig folgendermaßen festgesetzt worden:

1. Eröffnung,
2. Wahl des Präsidiums,
3. Mandatsprüfung,
4. Geschäftsbericht; der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes einschließlich der Berichte der Amsterdamer Zweigstelle und des Pariser Korrespondenzbureaus,
5. Beratung des Entwurfs der neuen Statuten des internationalen Gewerkschaftsbundes,
6. das zeitweilige Inkrafttreten der Bestimmungen der alten Internationale, laut der aus jedem Lande nur eine Gewerkschaftszentrale dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sein kann,
7. Schließung des Landes, in dem der internationale Gewerkschaftsbund seinen Sitz haben wird,
8. Wahl der Leitung des internationalen Gewerkschaftsbundes,
9. Festlegung der Beiträge,
10. Beratung über das Berner Programm von 1910 mit Einschluss des Programms von Leeds (1916) und des Berner Programms von 1917,
11. Stellungnahme zur internationalen Lage,
12. Beratung über die Allianz des internationalen Gewerkschaftsbundes,
13. Stellungnahme zur Berner Resolution von 1910 über den Bitterbund,
14. Stellungnahme zu dem im Oktober 1919 in Washington stattfindenden Kongress.

Folgende Länder werden auf dem Kongress vom 28. Juli vertreten sein: Norwegen, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Jugoslawien, Kroatien, Österreich, Serbien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Von den zu erwartenden Delegierten seien erwähnt: für Dänemark Stanning, für England Ben Tillet, Kopleton, Thorne, Williams und Manning, für Amerika Gompers und Tobin, für Österreich Durber, Nusper, Domes, Vid, Orkowsky und Kofel. Aus Deutschland werden erwartet: Legler, Seiffenbach, Schumann, Preis, Quabitz, Reizart, Sack, Seppel, Pöy, Reichel, Wöcher und Rater.

Gewerkschaftliches.

Die Eisenbahner zum letzten Streik.

Im Lehrvereinshaus beschäftigten sich am Sonntag vormittag die Eisenbahner mit dem Ausbruch des Streiks. Der Vorsitzende Riechener teilte mit, daß 1140 Kollegen und 100 Lehrlinge entlassen worden sind. Entlassungsmittel und Zentralrat haben es ab, eingereicht. Schulz vom Bezirksvorstand sprach darüber über die Folgen des letzten Streiks. Er gab einen kurzen Überblick und betonte die Meinung, daß die Arbeit in den Streik getretenen Betrieben durch Spionage kaum gedrängt werden seien, denn die Wirkung eines einseitigen, durch die wirtschaftliche Notlage unermesslichen Generalstreiks konnte nicht besser als durch vorzeitigen Ausbruch von Teilstreiks erreicht werden. Schulz verurteilte den Beschluß der Funktionäre, die Arbeit wieder aufzunehmen, trotzdem die Ablehnung eine große Mehrheit für Fortsetzung des Streiks ergeben hätte. Sämtliche Redner wandten sich gegen die Reorganisation und verurteilten es, daß sich die Funktionäre durch den zweiten Oster-Friede haben einbüßern lassen. Auch ein Teilstreik kann Erfolg haben, wie es Streik zeigt. Eine mit beschleunigtem Fortschritt zeigte sich über den Zentralratsherrn Brunner, der seiner Organisation in den Mägen gefallen sei. Es wurden bereits laufende von Interessierten gesammelt, um einen Verhandlung zu verlangen. Eine große Solidarität der Eisenbahner war es, daß er nicht zur Versammlung im Gewerkschaftsverein war. Verhandlung und Reorganisation hätten den Mut zeigen sollen sich von vornherein zu erklären.

Die Versammlung war sich darüber einig, daß die Organisation auf keinen Fall getrennt werden dürfe und daß die Solidarität der Eisenbahner ganz Deutschlands halten müsse, viele Maßnahmen rüchgängig zu machen.

Völlig unblutabel.

Die am 17. Juli 1918 im Gertrudenhaus tagende Vollversammlung aller Elemente der Angehörigen-Bundnisse der Groß-Berliner Metallindustrie beschloß, sich zum Kampf mit inneren Angelegenheiten, insbesondere der Frage einer massiven Organisation der Arbeiter und eines intelligen Zusammengehens mit der Gewerkschaft.

Sodann wurde von Mitgliedern der Tarifkommission Bericht erstattet über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen gegen Schluß eines Tarifvertrages mit dem Verband Berliner Metallindustrie. Trotz 25 Sitzungen hat noch kein Resultat erzielt werden können. Es scheint kaum noch langem weit positiv zu werden, ob der Tarif je geschlossen kommen wird. Das Verhalten des Verbandes ist grundlegenden Fragen ist jedenfalls nicht günstig. In der Frage der Arbeitszeit erklärten die Vertreter des Verbandes, daß sie niemals daran denken würden, den Angehörigen eine Abkündigung der Arbeitszeit zu erteilen. Aber das Letzte in den Verhandlungen des Verbandes

